

Konjunktur aktuell: Frühjahr 2006 Weltwirtschaft: Weiter im Aufschwung – Deutschland: Politik löst temporären Nachfrageschub aus

Weltwirtschaftlicher Aufschwung auf breiter Basis

Im Frühjahr 2006 setzt sich der weltwirtschaftliche Aufschwung fort. In den USA hat die Produktion nach den Störungen durch die Hurrikane im vergangenen Spätsommer offensichtlich wieder Tritt gefaßt, und in Japan ist die Dynamik von Exporten und Investitionen weiterhin hoch. Obwohl im Euroraum die Daten zur gesamtwirtschaftlichen Produktion im letzten Quartal des vergangenen Jahres enttäuscht haben, ist die Zuversicht hier noch gestiegen. Die starken Kursgewinne an den europäischen Börsen spiegeln die erneut verbesserten Ertragsaussichten vieler Unternehmen wider. Die europäischen Produzenten handelbarer Güter haben auch von der zuletzt wieder recht kräftigen Zunahme des Welthandels profitiert. Dahinter steht die hohe konjunkturelle Dynamik in den meisten Schwellenländern: im ostasiatischen Raum mit China als seinem großen Wachstumszentrum, aber auch in den Ländern, die Erdöl und Industrierohstoffe exportieren. Alles in allem scheint der weltweite Aufschwung gegenwärtig auf einer viel breiteren Basis zu stehen als in seiner Frühphase, als er wesentlich durch die expansive Wirtschaftspolitik der USA entfacht wurde.

Gegenwärtig wirkt die Geldpolitik in den USA und in Großbritannien kaum mehr expansiv; von der EZB erwarten die Finanzmärkte, daß sie ihren zwei Zinsanhebungsschritten im Winter weitere in diesem und im nächsten Jahr folgen läßt; und die japanische Zentralbank hat das Ende der Politik der ungewöhnlich großzügigen Liquiditätsausstattung erklärt. Trotzdem sind die weltweit niedrigen langfristigen Zinsen nominal und real bisher nur wenig gestiegen, und die Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen sind weiterhin günstig. Ein wichtiger Grund dafür ist wohl das hohe Vertrauen der Finanzmärkte in die Stabilitätsorientierung der Wirtschaftspolitik. Besonders stark sind die Risikoprämien in den Schwellenländern gesunken. Das ist ein wichtiger Grund für die kräftige Konjunktur in vielen dieser Länder.

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 6/2006 am 15. März 2006 veröffentlicht.

Freilich kann ein Rückgang des Abstandes zwischen lang- und kurzfristigen Zinsen auch aufkeimenden Konjunkturpessimismus signalisieren. Diese Interpretation liegt aber nur im Fall der USA nahe, auch weil dort die Aktienkurse schon seit knapp einem Jahr im Schnitt deutlich schwächer zulegen als in Europa oder Japan. Zudem ist zu erwarten, daß die Rückkehr zu einer konjunkturneutralen Geldpolitik den Immobilienboom in den USA im Lauf des Jahres beenden wird; in der Folge wird sich auch die Vermögenslage der privaten Haushalte weniger günstig als in den vergangenen Jahren entwickeln. Deshalb ist für die USA mit einem Rückgang der konjunkturellen Dynamik im Jahresverlauf zu rechnen. Der Aufschwung in Japan und auch in den meisten Schwellenländern wird davon aber nur wenig gebremst. Weiterhin günstige Bedingungen für Exporte und Investitionen sorgen im Euroraum für eine kräftige Belebung. Die privaten Haushalte werden ihr vorsichtiges Ausgabeverhalten aber beibehalten; und so wird auch in diesem und im nächsten Jahr der Euroraum die konjunkturelle Dynamik anderer Weltregionen nicht erreichen.

Im Jahr 2007 legt die Produktion in den USA, aber auch in Schwellenländern, die gegenwärtig noch von den hohen Einnahmezuwächsen aus Rohstoffexporten profitieren, deutlich langsamer zu. Das wird dann die weltwirtschaftliche Expansion dämpfen. Die Hauptrisiken für ein abruptes Ende des weltwirtschaftlichen Aufschwungs bestehen in einer unerwartet deutlichen Abschwächung der Nachfrage von Seiten der privaten Haushalte in den USA, aber auch in der Möglichkeit eines erneut kräftigen Anstieges der Rohstoffpreise, zumal viele wichtige Erzeugerstaaten politisch labil bleiben.

Deutschland

Zwischenhoch der Nachfrage 2006

In Deutschland verlor der noch in der Anfangsphase befindliche Aufschwung bereits Ende 2005

wieder an Kraft. Die Impulse von der Außenwirtschaft kehrten sich infolge kräftiger Importe in ihr Gegenteil um, und die Basis der Inlandskonjunktur – einzig die Investitionstätigkeit – war zu schmal, um die Schwäche auszugleichen. Auf das ganze Jahr bezogen, änderte sich die konjunkturelle Beschleunigung jedoch nicht; sie lag saison- und arbeitstäglich bereinigt bei 1,1%. Lediglich die unterschiedliche Zahl an Arbeitstagen führte zu deutlich abweichenden Jahresergebnissen: 1,6% für 2004 und 0,9% für 2005.

Im Jahr 2006 wird der Konsum der privaten Haushalte an Fahrt aufnehmen – allerdings nur vorübergehend. Die Impulse von der Weltwirtschaft werden die exportorientierte deutsche Wirtschaft weiter anregen, und die Investitionstätigkeit wird sich auch deshalb nochmals verstärken. Der Aufschwung steht damit in diesem Jahr auf einem breiten Fundament. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Beginn des Jahres 2007 wird dann allerdings eine Delle im Konsum ausgelöst, und der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts wird wieder deutlich niedriger ausfallen.

Bleiben Schocks von der Weltwirtschaft aus, dürfte sich der Produktionsanstieg, wie vom IWH bereits Ende 2005 erwartet,¹ im Jahr 2006 deutlich auf 1,7% erhöhen. Das entspricht einer konjunkturellen Beschleunigung von 1,1% auf 1,9%; im Jahr 2007 liegt sie dann bei 1,4%. Mit der prognostizierten Expansion der Produktion wird die Beschäftigungsschwelle überschritten und die Zahl der Erwerbstätigen steigt. Die Arbeitslosigkeit sinkt um knapp ¼ Million Personen.

Die öffentlichen Haushalte werden in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt erstmalig seit 2001 wieder die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Obergrenze unterschreiten; im Jahr 2006 wird die Defizitquote bei 2,7% und im Jahr 2007 bei 1,8% liegen.

Exporte auf stabilem Wachstumskurs

Auch im vergangenen Jahr waren die deutschen Exporte, nicht zuletzt durch die weltweit rege Investitionstätigkeit und die weitere Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, wiederum von

vergleichsweise hoher Dynamik geprägt. Im letzten Quartal 2005 sank dann der Außenbeitrag und dämpfte den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts.

Zwar wurden die Warenexporte vor allem in die EU-Partnerländer, aber auch in die NAFTA-Länder erheblich gesteigert. Bei den Exporten in die übrigen Länder und nach Ostasien, insbesondere China, konnten die hohen Zuwächse im dritten Quartal 2005 jedoch nicht erreicht werden. Ebenso haben die Exporte nach Rußland im letzten Quartal an Dynamik verloren.

Die Zunahme des Welthandels und der im Prognosezeitraum anhaltende Aufwärtstrend in der Weltwirtschaft werden die deutschen Exporte auch in diesem und im nächsten Jahr beflügeln. Positive Impulse gehen vor allem von Ostasien und den neuen EU-Mitgliedstaaten aus. Doch auch die sich abzeichnende konjunkturelle Erholung in Westeuropa wird die Nachfrage nach Waren aus Deutschland steigern. Dagegen wird sich die konjunkturelle Dynamik bei den wichtigen Handelspartnern USA und Rußland während des Prognosezeitraums leicht abschwächen.

Diesem insgesamt positiven Einfluß der Weltkonjunktur auf die deutschen Exporte wirkt die für den Prognosezeitraum unterstellte leichte Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit entgegen. Maßgeblich dafür sind die erwartete Dollar-Abwertung und der Anstieg des inländischen Preisniveaus infolge der Erhöhung einiger Verbrauchsteuern. Insgesamt wird sich 2007 der Zuwachs der deutschen Warenexporte leicht abschwächen. Die Exporte von Dienstleistungen expandieren langsamer, obgleich sie zur Mitte des Jahres 2006 kurzzeitig Auftrieb durch die Fußballweltmeisterschaft erhalten.

Mit der Kräftigung der Inlandskonjunktur, den Vorzieheffekten beim Konsum der privaten Haushalte sowie der leichten realen Aufwertung des Euro werden die Warenimporte im Jahr 2006 vorübergehend deutlich steigen, bevor sich im Folgejahr der Importzuwachs mit dem Wegfall der Sondereffekte wieder abschwächen wird. Bei den Dienstleistungen werden auf der Importseite die mit dem Warenhandel verbundenen Transportdienstleistungen ein ähnliches Muster wie der Warenimport aufweisen. Zudem dürfte sich durch die im Jahr 2007 steigende Mehrwertsteuer in Deutschland der Grenzverkehr im Rahmen des cross-border-shop-

¹ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Deutsche Wirtschaft 2006/2007: Aufschwung mit Januskopf, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2006, S. 6-26.

ping erhöhen. Doch auch auf der Importseite entwickelt sich der Dienstleistungshandel insgesamt etwas weniger dynamisch als der Warenhandel.

Bei den Außenhandelspreisen wird sich die Entwicklung aus der jüngeren Vergangenheit fortsetzen. Während die Exportpreise im Prognosezeitraum aufgrund der internationalen Wettbewerbssituation und der Aufwertung des Euro nur geringfügig steigen werden, unterliegen die Importpreise einem relativ starken Auftrieb. Die Terms of Trade werden sich folglich weiter verschlechtern.

Investitionskonjunktur zieht an

Die Aufwärtsbewegung bei den Ausrüstungsinvestitionen ist zum Jahresende 2005 unterbrochen worden. Die Ankündigung der Bundesregierung, die Abschreibungsbedingungen für bewegliche Investitionsgüter in den Jahren 2006 und 2007 zu verbessern, dürfte viele Unternehmen veranlaßt haben, ihre für Ende 2005 geplanten Investitionen in das Folgejahr zu verschieben. Dies und die erwartete Konjunkturbelebung insgesamt werden die Ausrüstungen ihren Aufwärtstrend im laufenden Jahr wieder aufnehmen lassen. Positiv auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen wirkt sich die weiterhin gute Weltkonjunktur mit den damit verbundenen Exportmöglichkeiten aus, zumal die Wettbewerbsfähigkeit der exportierenden Unternehmen als hoch und deren Gewinne als stabil eingeschätzt werden können. Mit der anziehenden Kapazitätsauslastung der binnenorientierten Unternehmen ist künftig auch dort wieder mit Investitionszuwächsen zu rechnen. Zudem verschlechtern sich die günstigen Finanzierungsbedingungen der Unternehmen am Kapitalmarkt trotz steigender Leitzinsen nur leicht. Dies dürfte im laufenden Jahr zu einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 5,5% führen. Im Jahr 2007 wird der Zuwachs bei deutlich schwächeren Antriebskräften aus dem Inland und einer sich leicht verlangsamenden Weltkonjunktur dann wieder geringer ausfallen.

Die Bauinvestitionen waren im Schlußquartal des vergangenen Jahres – wie lange nicht – kräftig. Winterbedingt kam es in den ersten Monaten 2006 zwar zu einem Einbruch der Bautätigkeit, danach dürften die Auftriebskräfte aber wieder Oberhand gewinnen. Damit wird der inzwischen sechs Jahre dauernde Abwärtstrend unterbrochen, allerdings nur

zeitweilig. Die steuerliche Begünstigung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Abschaffung der Eigenheimzulage, aber auch der Mehrwertsteuererhöhung werden dem Wohnungsbau im laufenden Jahr zugute kommen. Auch die wieder etwas günstigeren konjunkturellen Aussichten für den gewerblichen Bau und die verbesserte Einnahmesituation der Kommunen tragen zu dem leichten Plus im Jahr 2006 bei. Diese Entwicklung wird sich aber so nicht fortsetzen. Die in das Jahr 2006 vorgezogenen Baumaßnahmen der privaten Haushalte fehlen im nächsten Jahr, der konjunkturelle Impuls für den Wirtschaftsbau erhält keine Nahrung mehr und der Schwung im öffentlichen Bau läßt nach.

Kurzes Aufleben des Konsums

Im vergangenen Jahr erhöhten die privaten Haushalte ihre Ausgaben für Konsumgüter zwar. Da die Preise jedoch in gleichem Ausmaß zulegten, stagnierte der private Konsum real. Maßgeblich für die vorherrschende Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte waren die weiterhin ungünstige Arbeitsmarktlage und die trotz geringerer Steuerbelastung rückläufigen Masseneinkommen. Außerdem entzogen vor allem die höheren Energie- und Kraftstoffpreise den privaten Haushalten Kaufkraft. Zugleich dämpften die verstärkte Bereitschaft zur privaten Altersvorsorge, wegen der unsicheren Beschäftigungslage aber auch das Sparen als Vorsichtsmotiv den privaten Konsum. Es kam zu einem weiteren Anstieg der Sparquote.

Im Jahr 2006 belebt sich der private Konsum hauptsächlich wegen vorgezogener Käufe im Vorfeld der geplanten Mehrwertsteueranhebung. Die Entwicklung von Beschäftigung und Nettoverdiensten werden zwar die Erwerbseinkommen leicht steigen lassen. Ein deutlicher Konsumimpuls bleibt aber von der Einkommenseite aus. Die monetären Sozialleistungen dürften im Jahr 2006 geringer als davor ausfallen. Sie sind geprägt durch eine abermalige Nullrunde bei den Renten, durch eine sinkende Zahl an Empfängern von Arbeitslosengeld I und durch die geplanten Änderungen beim Bezug von Arbeitslosengeld II. Darüber hinaus belastet der beschlossene Abbau von Steuervergünstigungen die privaten Haushalte, wenn auch im Jahr 2006 erst mit geringem Effekt.

Die real verfügbaren Einkommen stagnieren im Jahr 2006 nahezu. Trotzdem wird der Konsum mit 0,4% leicht steigen. Vor allem in der zweiten Jahreshälfte werden die privaten Haushalte ohnehin geplante Käufe, insbesondere solche von langlebigen Gütern mit hohen Anschaffungskosten, vorziehen. Maßgeblich dafür ist der erwartete Preisanstieg infolge der Anhebung des Regelsatzes in der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 um drei Prozentpunkte. Die zusätzlichen Käufe gehen zu Lasten der Ersparnis, so daß die Sparquote nach Jahren des Anstiegs sinken wird.

Im Jahr 2007 fehlen dann die vorgezogenen Käufe und es kommt zu einer Konsumdelle. In der zweiten Jahreshälfte dürften die Konsumausgaben wieder etwas zulegen. Wegen der Anhebung einiger Verbrauchsteuern werden die privaten Konsumausgaben real aber nur mit 0,2% zunehmen.

Die Einkommenssituation der privaten Haushalte wird sich leicht verbessern. Positiv wirken sich vor allem der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowie die per saldo sinkenden Beitragssätze zu den Sozialversicherungen aus. Dagegen belasten der weitere Abbau von Steuervergünstigen, wie die Verringerung des Sparerfreibetrags, die Reduzierung der Entfernungspauschale sowie die Besteuerung privater Veräußerungsgewinne und die Einführung einer „Reichensteuer“ die verfügbaren Einkommen. Die Sparquote wird sich zwar wieder leicht erhöhen, bleibt aber unter dem Niveau vorheriger Jahre.

Preisaufrtrieb verstärkt sich

Im vergangenen Jahr stiegen die Verbraucherpreise jahresdurchschnittlich um 2%. Der gegenüber den Vorjahren deutlich höhere Preisanstieg resultierte vor allem aus der Verteuerung von Energie und aus den Anhebungen bei der Tabaksteuer.

Im Jahr 2006 wird sich der Preisanstieg nur leicht abschwächen. Zwar wird die Steigerung der Energiepreise abebben, die Überwälzung der ölpreisbedingten Mehrkosten bei Konsumgütern und Dienstleistungen auf die Verbraucher dürfte aber einer deutlicheren Abschwächung der Teuerung im Wege stehen. Die Inflationsrate bleibt mit 1,8% über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Von Seiten der Löhne geht nach wie vor kein Preisdruck aus; die Lohnstückkosten sind wiederum rückläufig.

Im Gefolge der Anhebung von indirekten Steuern werden die Verbraucherpreise 2007 um 2,5% im Jahresdurchschnitt merklich ansteigen. Dagegen geht vom Ölpreis – wie hier angenommen – kaum noch Preisdruck aus und es wird keine Zweitrundeneffekte geben.

Noch keine spürbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt

Im Jahr 2005 blieb der Produktionsanstieg unter der Beschäftigungsschwelle, und die Erwerbstätigkeit nahm um 85 000 Personen bzw. 0,2% ab. Viel stärker ging hingegen trotz gesunkener Lohnkostenbelastung der Produktion² die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ca. 340 000 Personen bzw. 1,3% zurück. Teilweise resultiert dies auch aus der Rückführung traditioneller arbeitsmarktpolitischer Instrumente wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, durch die ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis begründet wird. Sogar die Zahl der Minijobs, deren Ausweitung in den Jahren zuvor die Beschäftigung stabilisiert hatte, lag etwas unter ihrem Vorjahresniveau. Daß der Beschäftigungsabbau nicht kräftiger ausgefallen ist, resultiert allein aus staatlich subventionierten Ich-AGs sowie aus der Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs), die statistisch zu den Erwerbstätigen gezählt werden. Insgesamt hat dies dazu beigetragen, daß sich die Tendenz zur Verdrängung von Normalarbeitsverhältnissen durch „atypische“ Beschäftigung fortgesetzt hat.

Im Jahr 2006 wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt trotz der Beschleunigung des konjunkturellen Aufschwungs und erneut sinkender Lohnstückkosten nur leicht bessern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt um ca. 100 000 Personen gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Allerdings geht der Beschäftigungsaufbau erstmals seit dem Jahr 2001 einher mit einem leichten Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Daneben werden aber auch arbeits-

² Auch der seit kurzem vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte *Index der Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen* weist auf eine Senkung der Lohnkostenbelastung der Unternehmen hin. So nahm er im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr nur um 0,9% zu, während die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde um 1,5% stieg.

marktpolitische Maßnahmen in Form von staatlich geförderter Selbständigkeit sowie von Arbeitsgelegenheiten ausgeweitet. Die vorgezogenen Käufe langlebiger Konsumgüter werden den Beschäftigungsstand hingegen kaum erhöhen, da die Unternehmen den damit verbundenen Produktionszuwachs durch Instrumente der Arbeitszeitflexibilisierung bewältigen können. Auch im Jahr 2007 ist vor allem wegen der Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs keine spürbare Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten.

Die Arbeitsproduktivität wird sich – wie in Aufschwungsphasen üblich – erhöhen. Scheinbar erweitert sich damit auch der Verteilungsspielraum. Dieser Schein trügt, da die Zahl der Arbeitslosen mit 4,6 Millionen sehr hoch bleiben wird. Die Prognose geht von einer Beibehaltung des Kurses moderater Lohnanhebungen aus.

Lage der öffentlichen Haushalte scheinbar entspannt

In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird das Defizit im Staatshaushalt in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr auf 2,7% zurückgehen (nach 3,3% im Vorjahr). Im kommenden Jahr wird es nach der vorliegenden Prognose sogar auf 1,8% sinken.

Nachdem die Defizitquote in den vergangenen vier Jahren durchgängig die im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt definierte Obergrenze überschritt und die öffentlichen Finanzen von einer Krise in die nächste schlitterten, scheinen die größten Schwierigkeiten überwunden. Der Patient scheint gesundet – aber hat er sich nachhaltig erholt?

Die Besserung ist vor allem im laufenden Jahr zu einem großen Teil der konjunkturellen Entwicklung geschuldet. Dabei sind es hauptsächlich die Steuereinnahmen, und hier insbesondere die aus den Gewinnen, die weiterhin deutlich zulegen. Hinzu kommt, daß der Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nach der vorliegenden Prognose zu einem Ende kommt – und so auch die Erosion der staatlichen Einnahmen gestoppt wird. Außerdem legen die indirekten Steuern mit der anziehenden Konsumnachfrage deutlich zu.

Zur Konsolidierung trägt aber auch das Ausgabeverhalten des Staates bei. Mit einem Anstieg von 0,2% bzw. 0,4% in den Jahren des Prognosezeitraums ist die Entwicklung der Ausgaben ver-

halten und die Staatsquote sinkt. Die Investitionsquote wird hingegen im Prognosezeitraum konstant bleiben. Auch wenn hier ein Anstieg wünschenswert gewesen wäre, zeichnen sich damit erste Ansätze einer qualitativen Verbesserung der Ausgabestruktur ab.

Vor allem im Jahr 2007 wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dann über diskretionäre Maßnahmen vorangetrieben. Der Löwenanteil des Maßnahmenpakets besteht dabei in der Erhöhung von Steuersätzen – insbesondere bei der Mehrwertsteuer. Letzteres wird den Konjunkturverlauf im gesamten Prognosezeitraum deutlich beeinflussen – und die wirtschaftliche Entwicklung wird im Jahr 2007 wieder schwächeln. Auf das Mittel eines Abbaus von Steuervergünstigungen und Subventionen zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wird hingegen – gemessen an deren Potential – nur in unzureichendem Umfang zurückgegriffen.

Kritisch ist weiterhin zu werten, daß der Bund in seiner Haushaltsnot auch den Sozialversicherungen in die Tasche greift. Hier ist nicht nur, wie schon früher vom IWH bemängelt,³ die Refinanzierung auf Kosten der Gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung zu nennen. Nach dem jetzt vorgelegten Entwurf zum Haushalt 2006 plant der Bund auch eine institutionelle Änderung. So will er in Zukunft nicht mehr für das Defizit der Bundesagentur für Arbeit (BA) einstehen, allenfalls Kredite will er gewähren. Dabei ist es die BA, die den konjunkturellen Schwankungen am stärksten ausgesetzt ist – denn ein Rückgang der Beschäftigung trifft sie sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabe-seite. Die Annahme, daß sich Defizite und Überschüsse über die Zeit ausgleichen, ist gewagt – um so mehr, als diskretionäre Eingriffe in die Arbeitslosenversicherung üblich sind. Die BA wird so für Entscheidungen haften, die an anderer Stelle getroffen wurden. Ingesamt scheinen die Eingriffe bei den einzelnen Sozialversicherungen kaum geeignet, die Lohnnebenkosten langfristig unter 40% zu senken – wie es das erklärte Ziel der Regierung ist.

Die bisher beschlossenen Maßnahmen scheinen auch nur bedingt tauglich, die Rahmenbedingun-

³ Vgl. bspw. VAN DEUVERDEN, K.: Der Koalitionsvertrag aus finanzpolitischer Sicht, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 12/2005, S. 370-379.

gen am Standort Deutschland zu verbessern. Die Probleme, vor denen die Wirtschaftspolitik steht, sind vor allem struktureller Natur. Eine kurzfristige konjunkturelle Erholung ist keine Lösung. Zwar werden die wichtigsten Handlungsfelder in den politischen Vereinbarungen benannt, konkrete Maßnahmen allerdings nicht. Noch ist der Patient nicht gesundet und die Rezepte sind noch nicht

ausgestellt. Es bleibt abzuwarten, wann welche Kuren verschrieben werden.

*Arbeitskreis Konjunktur
Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)*

*Hans-Ulrich Brautzsch,
Kristina van Deuverden, Ruth Grunert,
Axel Lindner, Brigitte Loose, Götz Zeddies*

Wachstumsorientierte Neuausrichtung des Solidarpaktes II – Ein Vorschlag für einen reformierten Verwendungsnachweis –*

Die ostdeutschen Bundesländer (einschließlich Berlin) weisen aufgrund niedriger Wirtschaftskraft und hoher Arbeitslosigkeit nur geringe eigene Steuereinnahmen auf. Sie sind daher in erheblichem Maße auf die Solidarität des Bundes und der westdeutschen Länder angewiesen, damit sie die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen können. Hierzu dient unter anderem der Solidarpakt II, durch den den ostdeutschen Ländern Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) gewährt werden. Begründet werden diese – in § 11 Abs. 3 FAG – mit dem Fortbestand „teilungsbedingter Sonderlasten aus dem starken infrastrukturellen Nachholbedarf“ sowie mit der „unterproportionalen kommunalen Finanzkraft“ der ostdeutschen Länder.

Erklärtes politisches Ziel des Solidarpaktes II ist es, „(...) gleichwertige wirtschaftliche und soziale Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen und die innere Einheit zu vollenden“.⁴ Der Verweis auf den infrastrukturellen Nachholbedarf in den Beschlüssen von Bundestag und Bundesrat zum Solidarpakt II sowie in § 11 Abs. 3 FAG sind dabei primär durch die Vorgeschichte des Solidarpaktes II begründet, da die ostdeutschen Länder zur Begründung ihrer Forderungen auf die fortbestehende Infrastrukturlücke verwiesen. In gewisser Weise spiegelt dies den Forschungsstand der späten 1990er Jahre wider, der die bereits damals bestehende Wachstumsschwäche der neuen Länder als ein temporäres Problem ansah und als die we-

sentlichen Ursachen hierfür die infrastrukturellen Versäumnisse der DDR identifizierte. Nach dieser Logik stellte der Abbau der Infrastrukturlücke die entscheidende, wenn nicht gar die alleinige Voraussetzung für die Fortsetzung des Aufbau Ost dar. Inzwischen hat sich in der Wissenschaft allerdings eine andere Sichtweise durchgesetzt, die die Wachstumsschwäche der neuen Länder auf eine ganze Reihe von strukturellen Defiziten (u. a. demographisch bedingte Verschlechterung des Humankapitalbestands, Besonderheiten der Branchen- und Größenstruktur, funktionale Struktur der ostdeutschen Wirtschaft) zurückführt. Da sich diese Probleme auf absehbare Zeit kaum lösen lassen, wird – bei zunehmender Differenzierung zwischen den Regionen – auch künftig mit einem kaum über westdeutsche Vergleichswerte hinausgehenden Wirtschaftswachstum gerechnet. Dementsprechend konzentrieren sich auch wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen für die neuen Länder heute nicht mehr nur auf den weiteren Ausbau der Infrastruktur, sondern nehmen eine Reihe weiterer Wachstumsdeterminanten mit in das Blickfeld.⁵ Dies spiegelt

* Die Langfassung der Studie ist auf dem Server des IWH, <http://www.iwh-halle.de> erhältlich.

⁴ Vgl. BT-Drucksache 14/6577, Abschnitt II Nr. 1.

⁵ Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, JG 2004/2005. – GESPRÄCHSKREIS OST: Für eine Kurskorrektur des Aufbau Ost, Thesenpapier, mimeo, Juni 2004. – DIW Berlin; IAB; IfW; IWH; ZEW: Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland und DIW Berlin; IAB; IfW; IWH; ZEW: Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, Berlin. IWH-Sonderhefte 3/2002 und 7/2003, Halle.